

# Dresdener Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verleger: Dr. K. H. Schmidt, Dresden.

Abonnementpreis: monatlich 6.00 M., durch die Post  
vierteljährlich 18.00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich  
3.50 M. G. Nummer 30 Pf.  
Telegraphische Adresse: Dresdener Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.  
Erscheinungsdauer: von 12 bis 1 Uhr.  
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.  
Verlag: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.

Anzeigenpreis: die 9-spaltige Anzeigenzeile 2.00 M., Familienanzeigen  
1.50 M., die 8-spaltige Anzeigenzeile 1.50 M. Bei mehrmaliger Auflage Er-  
mäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Berücksichtigung der  
Aufnahme an vorerlebten Tagen. Für Briefwechselung 20 Pf.

Nr. 276

Dresden, Montag den 29. November 1920

31. Jahrg.

## Die preussische Verfassung

Die Landesversammlung hat am Freitag in einer lang-  
gedehnten Sitzung die dritte Lesung der Verfassung bis auf  
eine kleine Restliste und die Schlussabstimmung erledigt. Das  
Gesetzwerk ist vollbracht, und was geschaffen worden  
ist sicher kein Ideal, aber immerhin auch für die Sozial-  
demokratie annehmbar. Unabhängige, Kommunisten und  
nationalistische werden, wie stets, Arm in Arm gegen die  
Verfassung stimmen, die Deutsche Volkspartei schwankt noch.

Die preussische Verfassung ruht auf der Souveränität  
des Volkes. Regelmäßiger Gesetzgeber ist der Landtag, der  
dem allgemeinen und gleichen Verhältniswahlrecht aller  
20 Jahre alten Männer und Frauen gewählt wird.  
Der Landtag wählt auch den Ministerpräsidenten, der  
neben dem Reichspräsidenten die Minister beruft. Die Minister  
sind zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Landtags.  
Neben dem Landtag steht ein Staatsrat, der auf sol-  
che Weise entsteht. In jeder Provinz werden Provinzial-  
räte nach genau demselben Wahlrecht gewählt wie der  
Landtag selbst. Diese Provinzialräte wählen für je  
1000 Einwohner einer Provinz einen Vertreter in den  
Staatsrat, wiederum nach dem Verhältniswahlrecht. Eine  
Minderheit der Provinzialräte bildet diesen Staatsrat. Die  
Art seiner Bildung nahezu ausgeschlossen; er wird  
in seinem Wesen ein Spiegelbild des Landtags sein. Dem  
Staatsrat steht das Recht zu, in namentlicher Abstimmung  
den Vorschlag auf Beantragung vom Landtag beschlossene  
Gesetze zu fassen oder eine Volksabstimmung über die Land-  
tagaufhebung herbeizuführen. Wird ein solcher Vorschlag  
gefasst, so wird er ohne weiteres Gesetz. Sämt in der Land-  
tag nur mit einfacher Mehrheit aufrecht, so muß er, um den  
Überstand des Staatsrats zu brechen, eine Volksabstimmung  
herbeizuführen.

Der Staatsrat tritt erst in Kraft, wenn Neuwahlen zu  
den Provinziallandtagen nach dem neuen Wahlrecht durch-  
geführt sind. Auch zu den Kreistagen wird gleichzeitig das  
neue Wahlrecht eingeführt. Nur bei den Kommunalwahlen  
bleibt die Verfassung die Möglichkeit vor, das Wahlrecht an  
die Voraussetzung einer halbjährigen Anwesenheit zu knüpfen.  
Eine solche Beschränkung des Wahlrechts später wirklich  
die neue Städte- oder Landgemeinderordnung aufge-  
kommen wird, bleibt der Entscheidung des künftigen Land-  
tags überlassen. Da die Reichsverfassung bestimmt, daß für  
die Gemeinderwahlen eine Anwesenheitsdauer bis zu einem  
Jahre vorgeschrieben werden kann, ist auch in diesem Punkt  
die preussische Verfassung als ein kleiner Fortschritt anzu-  
sehen.

Am schwierigsten war neben dem Staatsrat die heftig  
umkämpfte Frage der sogenannten Autonomie der Provinzen.  
Die Parteien waren sich darin einig, daß die Selbstver-  
waltung auch in der Provinzialverwaltung ausgeübt werden  
soll. Im Zentrum besteht vielfach der Wunsch, den preu-  
sischen Staat ganz aufzulösen, und merkwürdiger-  
weise haben sich neuerdings die Unabhängigen diesen Be-  
wehungen angeschlossen. Auf der rechten Seite wiederum  
sollte man am liebsten das alte, kraft zentralisierte Preußen  
möglichst unverändert erhalten. Die Sozialdemokratie will  
eine Auflösung Preußens, solange nicht die Reichseinheit  
auf der ganzen Linie hergestellt werden kann. Sie will die  
neue und unteilbare deutsche Republik, aber wir wollen nicht  
Preußen zugunsten neuer Kleinstaaten zerfallen sehen. Soll  
der Preußen ein Staat bleiben, bis die Reichseinheit ver-  
wirklicht wird, dann muß einerseits die Zentralgewalt die  
Möglichkeit behalten, wirklich zu regieren und Beamte eigener  
Wahl ins Land zu setzen; dann muß auf der andern Seite  
den Provinzen soviel Macht und Freiheit eingeräumt werden,  
daß die nach § 18 der Reichsverfassung möglichen Lösungs-  
versuche nicht übermäßig werden. Die preussische Ver-  
fassung gibt in diesem Sinne ein Versprechen erweiterter  
Provinzialautonomie, das dadurch gestärkt wird, daß Ober-  
präsidenten und Regierungspräsidenten bis zum Inkraft-  
treten des Autonomiegesetzes nur im Einverständnis mit der  
Provinzialvertretung ernannt werden sollen.

Es ist der Sozialdemokratie bei dieser Verfassungs-  
beratung gelungen, den Staatspräsidenten zu Fall zu  
bringen, der eine deutliche Kundgebung gegen die Reichs-  
einheit gewesen wäre. Sie hat die Bildung einer zweiten  
Kammer zu verhindern vermocht, die den Volkswillen ge-  
mäßigt oder ohnmächtig gemacht hätte. Sie hat dafür auf der  
andern Seite in manchen untergeordneten Fragen ihren  
Willen nicht durchzusetzen vermocht, aber das ganze Ver-  
fassungswerk kann am Ende ihre Zustimmung finden. Es  
müßte auch die Sozialdemokratie mit Benutzung des  
Wortes es der Koalition, die in Preußen seit 19 Monaten un-  
geändert aus Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum-  
parteien besteht, gelungen ist, ihre Hauptaufgabe, das Ver-  
fassungswerk, zu bewältigen. Wenn in wenigen Wochen die  
Verfassung in Kraft tritt, tritt die Koalition nicht mit  
Preußenwahlen vor sie, sondern darf sich erfolgreicher Arbeit  
übernehmen.

## Die Wurzel alles Übels

Hermes gegen die Landwirte

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 29. November. Im Reichstag haben heute dor-  
mittags die vom Reichsminister für Ernährung und Landwirt-  
schaft anberaumten Verhandlungen mit den Vertretern der  
politischen Parteien und der beteiligten Ausschüsse, nament-  
lich aus der Landwirtschaft, über die Fragen der Verbesserung  
unserer Brotversorgung und der Getreideablieferung be-  
gonnen.

Die Eröffnung wurde mit einer Rede des Ernährungs-  
ministers Dr. Hermes eingeleitet, in der er von der schlechten  
Ablieferung des Brotgetreides im Inland ausging. Dieser  
Rückgang, so führte der Minister aus, lasse sich nicht nur aus  
dem schlechten Ausfall der Ernte herleiten, vielmehr falle ein  
Teil der Schuld auch auf die landwirtschaftlichen Betriebe  
selbst, die sich von einem schrankenlosen Streben nach Gewinn  
haben ergehen lassen und sich ihrer Verpflichtung zur voll-  
ständigen Getreideablieferung zu entziehen suchten.

Der Minister legte dar, daß diese Entwidlung nicht  
weitergehen könne und letzten Endes zu einem Zusammen-  
bruch der Finanzwirtschaft des gesamten Reiches führen müsse.  
Daher müsse unbedingt eine Änderung eintreten. Die Land-  
wirte müßten erkennen, daß die Not des Reiches auch ihre  
eigene Not werden müßte. Sodann wurde in die Erörterung  
eingetreten.

den in Liverpool-Boote 18 Bagerhäuser, hauptsächlich für  
Baumwolle, in Brand gesetzt. Es wurden Petroleumlampen  
und mit Paraffin getränkte Baumwolle an der Brandstätte  
gefunden. Fünf Männer wurden verhaftet. Zwei Baum-  
wolllager sind vollständig niedergebrannt. Der Schaden wird  
auf ungefähr 400 000 Pfund Sterling geschätzt. In London  
war am Sonnabend ein grobangelegter Brandstiftungsversuch  
der Sinnlosener bereitet worden. Die Brandstifter flohen  
ebenfalls unter Zurücklassung von Petroleumlampen und  
Paraffingetränkter Baumwolle.

Die Absperrung von Downingstreet ist darauf zurückzu-  
zuführen, daß während der letzten Razzien in Irland eine aus-  
gedehnte Sinfelnerverschöderung aufgedeckt wurde, die die  
Beschädigung von Regierungsgebäuden in London sowie  
andere terroristische Akte zum Ziele hatte. Mitglieder der Re-  
gierung und andre hohe Beamte haben Drohbriefe und  
anonyme Warnungen erhalten.

### 8 Millionen Dollar für die deutschen Kinder

Eigene Drahtmeldung

Frankfurt a. M., 29. November. Die Frankfurter Zeitung  
meldet aus New York, daß ein deutsches Rentakomitee mit dem  
Quaker-Ausschuss zusammenarbeitet, so daß das gesamte Hilfswort zur  
Erbringung von 25 Millionen Dollar für die Notleidenden in Ost-  
und Mitteleuropa einbestellt wird. Etwa 8 Millionen Dollar sind  
für die deutschen Kinder bestimmt.

### Stellungnahme der sächsischen Demokraten

Der Landesentscheid der Deutschen Demokratischen Partei  
Sachsen tagte am Sonnabend in Gemeinschaft mit der hiesigen  
und der künftigen Landtagsfraktion unter dem Vorsitz des Reichstags-  
abgeordneten Dr. Ritz, Jittau. Der Ausschuss befaßte sich nach einem  
Bericht des Vorsitzenden über die Wahlen und nach einem Bericht des  
Landesministers Seifert einmütig auf den Standpunkt, daß für die  
Deutsche Demokratische Partei zur Zeit kein Antrag vorliege, in der  
Frage der Regierungsbildung Vorschlag zu stellen.

Die Weidung der sächsischen Volkspartei, wonach Bestrebungen  
bestehen sollen, in kürzester Zeit zu einer Fusion zwischen der  
Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei in  
Sachsen zu kommen, erwiderten der sächsische Landtag die  
Sachfrage der Weidung geht schon daraus hervor, daß sie mit einem  
Anschluß der auf die demokratische Seite gemachten Abgeordneten an  
die Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei rechnen, was schon  
rechtlich unmöglich ist. Innerhalb der Deutschen Demokratischen  
Partei gibt es keinen Unterschied zwischen ehemaligen National-  
liberalen und ehemaligen Fortschrittlichen.

### Sinnfeiner-Angriffe auf England

Eigene Drahtmeldung

Kopenhagen, 29. November. Ein Sinnfeiner-Angriff  
kam gestern nacht in Liverpool zum Ausbruch. Die An-  
greifer steckten mehr als ein halbes Dutzend Baumwolllager-  
häuser in der Nähe der Docks in Brand. Es kam dabei zu  
Unruhen, bei denen Schupfleute getötet wurden. Mehrere der  
Angreifer wurden festgenommen. Gleichzeitig hatten die  
Sinnfeiner einen großen Angriff auf die Regierungsgebäude  
in London geplant. Die Regierung hatte aber schon von die-  
sem Plan Kenntnis bekommen. Er wird deshalb nicht zur  
Ausführung gelangt sein. Außerdem ist es der Regierung  
gelungen, ein Verzeichnis der in London lebenden Sinnfeiner  
zu beschlagnahmen. Die Minister bekommen jeden Tag eine  
große Menge Drohbriefe zugehändelt.

Berlin, 29. November. Ueber den großen Brand bei  
Liverpool meldet Reuters: In der Nacht zum Sonntag wur-

## Der Prinz-Prozess

Es gehört zu den Schrecknissen unserer Zeit, daß ein  
solcher Prozeß überhaupt möglich werden konnte. Ein ver-  
ständiger Mensch wird sich mit der irrigen Behauptung,  
Scheidemann sei der Anstifter zur Ermordung von Karl Liebk-  
necht und Rosa Luxemburg, keinen Augenblick abgeben. Son-  
dern sie ohne weiteres zu den umfangreichen Akten legen, in  
denen alle sinnlosen Verleumdungen der sozialdemokratischen  
Propaganda zu sehen sind. Aber die moralische  
Atmosphäre ist heute in Deutschland so vergiftet, daß selbst  
die sinnloseste Verleumdung mißliebiger Personen in gläu-  
bigen Parteien Interessen, die es denen von ganz rechts, wie denen  
von ganz links sehr unangenehm machen, wenn von der Ver-  
leumdung gegen Scheidemann doch irgendetwas hängen  
bliebe. Die Rüttelwörter möchte die Schuld an ihren Ver-  
brechen gar zu gern auf fremde Schultern abwälzen, und welcher  
Traten ist es gar für die Kommunisten, wenn sie einen Führer  
der Sozialdemokratie als Mordankstifter gegen seine eignen  
einstigen Parteigenossen hinstellen könnten! Daß ein Beweis  
für ihre Behauptung nie zu erbringen sein wird, wissen die  
Verleumder ganz gut. Darum würde es ihnen vollständig ge-  
nügen, wenn der Prozeß gegen Prinz mit einer vollständigen  
Verwässerung enden würde. Das ist auch das Ziel, auf das sie  
mit allen Kräften hinarbeiten.

Wer, wie der Schreiber dieser Zeilen, die traurigen  
Januarstage des Jahres 1919 in Berlin und in der Reichs-  
kanzlei miterlebt hat, der weiß, welchen niederschmetternden  
Eindruck die Nachricht von der Ermordung der beiden Führer  
des Spartakusbundes auf die sozialdemokratischen Volks-  
begeisterten gemacht hat. Zu den menschlichen Empfin-  
dungen, denen man sich ernstigen Kampfen gegenüber,  
wie weit sich die Wege auch getrennt haben mögen, nicht ver-  
schließen kann, geklammert sich die politische Erregung, welche Ge-  
fahr es bedeutete, iren auf solche Weise Märtyrer gefassten  
und Kadaverstücke gemacht würden. Es gefiel sich zu aldem

das Gefühl der Bekämpfung darüber, daß Angehörige von  
Truppen, die die Regierung in der höchsten Not hatte auf-  
bringen müssen, selber nun verbrecherische Handlungen gegen  
das Leben wehrloser Gefangener begangen hatten. Sollte es  
damals in der Nacht der sozialdemokratischen Volksbeauf-  
tragten gelegen, jene Verbrecher so zu bestrafen, wie es ihrem  
Gefühl entsprach, sie wären wahrlich nicht glimpflich davon-  
gekommen.

Wer jene Vorgänge miterlebt hat, der faßt sich an den  
Kopf, wenn er jetzt sieht, daß ein sozialdemokratischer Volks-  
beauftragter den Weg zum Gericht antreten muß, um sich  
gegen die Behauptung zu wehren, er hätte selbst jenes Ver-  
brechen gewollt und angezettelt. Wenn es heute Leute gibt,  
die an die Möglichkeit einer solchen Anstiftung glauben, so  
liegt das vielleicht vor allem daran, daß sie selbst in jenen  
Tagen ganz anders empfanden, als die sozialdemokratischen  
Volksbeauftragten. Es ist eine Tatsache, so traurig es auch  
ist, daß ein sehr großer Teil der Berliner Bevölkerung damals  
die Nachricht von jenem Mord mit unbeschriebener Freude  
aufgenommen hat. Die ungeheure Mehrheit der Be-  
völkerung von Berlin, keineswegs nur das Bürgertum, war  
damals von einem gärenden Haß gegen den sozialistischen  
Terror erfüllt, einem Haß, der gar keine Grenzen kannte.  
Auf diesem Boden ist der Mord an Karl Liebknecht und Rosa  
Luxemburg erwachsen, und hier — nicht in der Reichskanzlei  
— hat er auch in weiten Kreisen Billigung gefunden.

Wenige Tage zuvor war die letzte Feste der Sparto-  
kisten, das von ihnen besetzte Vorwärtsgebäude, gefallen. Die  
Berliner Arbeiterklasse hatte sich um das Schicksal der 300  
Mann, die in dem Hause eingeschlossen waren, nicht im aller-  
geringsten gekümmert. Auch dies war ein Stimmungs-  
zeichen. Die sozialistische Bewegung wäre lang- und ruh-  
los untergegangen, wenn ihr nicht der Terror von rechts die  
Märtyrerkrone aufgesetzt hätte.

Kein vernünftiger Mensch hätte die blutige Tat, die an  
den Führern jener Bewegung begangen wurde, billigen  
können. Auch die Verwirrungsmanöver der Prinz-Verteidig-  
ung, die in dem Gange des Verfahrens eine eigentümliche  
Unterstützung finden, werden nichts daran ändern, daß nur  
der dümmste und urteilsloseste Pöbel dem Märchen von der  
Mordankstiftung durch einen sozialdemokratischen Volksbeauf-  
tragten Glauben schenken kann. Nach einer andern Seite hin  
kann die Wiederaufrichtung der Januarvorgänge von 1919  
durch diesen Prozeß nützlich wirken, weil sie zeigt, unter  
welcher grenzenlosen Verleumdung der tatsächlichen Stim-  
mungs- und Machtverhältnisse die unglücklichen Führer der  
sozialistischen Bewegung behandelt haben. Die Geschichte  
jener Tage vor noch nicht zwei Jahren wirkt schon heute wie  
eine Sage aus längst vergangener Zeit.

Advertisement text on the left margin including 'Biere', 'Mer', 'Wolkstest', 'über'.